

Wilsdruffer Tageblatt

Versprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten Sie auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter zugetragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie andere Anträge und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Interimserlös 2 M. für die 6-spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Restamen, die 3-spaltige Korpuszeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zeilenanfragen im amtlichen Zeit nur von Behörden die 2-spaltige Korpuszeile 2 M. Nachweisungs-Gebühr 1 M. Anzeigenannahme bis 18 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch verliert, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Jschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Jschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 58.

Sonnabend / Sonntag 19. / 20. Mai 1923.

Ämtlicher Teil.

Unter Hinweis auf §§ 7—10, 63 des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 (RVO. S. 657) werden die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert, Vorschlagslisten für die Mitglieder des vorläufigen Verwaltungsausschusses für den zu gründenden öffentlichen Arbeitsnachweis Meissen und Umgebung bis zum **26. Mai 1923** bei der Amtshauptmannschaft einzurichten.

Meissen, am 16. Mai 1923.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft als Errichtungsgemeinden.

Nr. 704 a Gw.
Der Stadtrat zu Meissen

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 13. April 1923 sind in den bei der Preisprüfungsstelle **Wilsdruff-Stadt errichteten Kontrollauschuss** die Herren Eisenbahnschaffner **Arthur Jakob**, Telegraphenarbeiter **Walter Schubert**, Schlosser **Max Thomas**, Tischler **Edwin Pofandt**, Zeichner u. Tischlermeister **Richard Göpfer** und Postsekretär **Richard Ebert** gewählt worden. Die vorgenannten Herren sind mit entsprechenden Ausweisen versehen.

Wilsdruff, am 17. Mai 1923.

Der Rat der Stadt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die neue deutsche Note an die Entente wird voraussichtlich in der Woche nach Pfingsten abgeschickt werden. Zurzeit sind noch Vorberatungen im Gange.
- Im Orient ist anscheinend die Gefahr neuer kriegerischer Bemühungen im Wachsen. Griechische U-Boote schießen nach Smyrna vor.
- Der frühere französische Minister Loucheur hat in Vincennes die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe für Deutschland hervorgehoben.
- Die Franzosen haben neue Maßnahmen zur Wesperrung der industriellen Werke im Ruhrgebiet ergriffen.
- Vom 16. Mai ab sind die Kohlenpreise um durchschnittlich 25 % erhöht worden.

Polen bedroht Danzig!

Nachdem es den Litauern so unsterblich gelungen ist, durch einen überraschenden Überfall das Memelland in die Hand zu bekommen, und der Völkervereinigung, dem Völkerverbund und der Entente selber hohnlächelnd die Tür vor der Nase zuzuschlagen, ohne daß daraus irgend etwas gegen sie internommen wurde, herrscht in Warschau dumpfe Mut, und der ewige Ehrgeiz der Polen sucht angestrengt nach einer Möglichkeit, es den Litauern gleich zu tun. Schon in den Tagen, als diese der Welt zeigten, daß ihnen niemand ans Leder zu gehen wagte, richteten sich die Augen der Polen auf Danzig, und bereits heißt es, daß sich Polen weiter südlich an der Ostsee festsetzen würde, nachdem ihnen im Norden der Zugang abgeriegelt worden wäre.

In den Monaten seitdem setzen denn auch prompt immer schärfere Schikanen gegen das ferndeutsche Danzig ein. Polens Forderung und Niedertracht war um stets neue Forderungen nie verlegen. Man verlangte Bauarbeiten im Danziger Hafen, obgleich der Friedensvertrag den Umfang der polnischen Ansprüche genau festgelegt hat, und man verweist sich in Warschau mit selbstbewusster Hartnäckigkeit auf die Zollfrage. In Danzig gelten die polnischen Zollvorschriften. Die Durchführung lag aber bisher in Danzigs Hand, und es bestanden darüber eingehende Sonderverträge zwischen beiden Parteien. Das paßt den Herren Polen neuerdings nicht mehr, und sie verlangen, daß alle Zollvorschriften und Maßnahmen, die man in Warschau für gut befindet, in Danzig ohne Widerspruch in Wirkung gesetzt werden, selbst, wenn sie den erwähnten Abmachungen zuwiderlaufen. Ferner wünschen die Polen die Einsetzung der Danziger Zollbeamten in polnische Uniformen, und sie verlangen vor allem, daß ihnen das Bestätigungsrecht bei Anstellung der leitenden Zollbeamten übertragen wird, d. h. also, daß künftig nur noch polnische Zollbeamte in Danzig angestellt werden würden.

Man sieht ganz klar, daß man in Warschau nur Vorwände suchte, um Danzigs Selbständigkeit und Freiheit Stück für Stück zu zermürben. Aus allerleyer Zeit liegen nun wieder Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß Polen das bisherige Verfahren zu umständlich ist und mit Gewalt vorgehen will. Man will erobern und annektieren. Das sagt man sogar mit offener Dreistigkeit. Der polnische Abgeordnete im Danziger Parlament hat dieser Tage Klipp und Klar erklärt, Danzig und Ostpreußen müssen dem polnischen Staat einverleibt werden. Noch schöner war die Ausrufung des „diplomatischen“ Vertreters Polens in Danzig, der sagte, der Völkerverbund habe sich überhaupt nicht mehr in die Zwistigkeiten zwischen Danzig und Warschau einzumischen, denn diese wären eine „innere Angelegenheit“ Polens!

Wie ernst all das zu nehmen ist, geht nun daraus hervor, daß man in Danzig wie in Ostpreußen seit einem unmittelbar bevorstehenden polnischen Überfall überzeugt ist. Der von seinem Gewaltstreik gegen Wilna her bekannte polnische General Belligowski soll in Danzig bereits inognito die militärische Besetzung der Stadt ausgedacht haben. Man spricht weiter von der Zusammenziehung starker polnischer Truppenverbände im polnischen Korridor, und zu alledem hat, während der Danziger Senat eine zwar ausführliche, aber doch auch vermittelnde Kundgebung veröffentlicht, in Warschau ein Ministerrat hantieren, nach

weitem eine amtliche Note an die Öffentlichkeit gegeben wurde, des Sinnes, daß die polnische Regierung sich gezwungen sieht, in der nächsten Zeit alle ihr zu stehenden Mittel anzuwenden, um das Polen anerkannte Souveränitätsrecht zu „sichern“. Natürlich muß eine derartige offizielle Stellungnahme des polnischen Kabinetts in der heutigen Situation wie eine Fanfare wirken, und die in Ostpreußen und Danzig herrschende Unruhe ist nur zu gut zu begreifen.

Trotzdem kann man eigentlich nicht recht glauben, daß Polen wirklich in der angekündigten Weise operieren wird. Man möchte viel eher annehmen, daß die Warschauer Regierung unter der Hand das Bestreben hat, im Hinblick auf die zurzeit mehr denn je zerrütteten innenpolitischen Verhältnisse in Polen, eine Ablenkung nach außen zu suchen. Auch ist Danzig immerhin nicht Memel. Der Völkerverbund würde diesem Gewaltstreik Polens Danzig gegenüber denn doch nicht so passiv verbleiben können wie im litauischen Falle. Aber man sieht wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß das Schandinstrument von Versailles die Brücke für immer neue Schandiaten bildet, und daß Europa so lange in stets neuer Unruhe gestürzt werden wird, als es unverändert bestehen bleibt.

Der Weg zu Verhandlungen.

Ein unmögliches „Waffenstillstands“-Gericht. Aber die bevorstehende neue deutsche Note werden allerlei vorzeitige und unzutreffende Meldungen verbreitet. Vorläufig läßt sich mit Bestimmtheit nur das eine sagen, daß die Regierung die Vorberatungen darüber fortsetzt, jedoch noch keine Beschlüsse gefaßt hat. Die Note wird voraussichtlich in der Woche nach dem Pfingstfest fertiggestellt werden. In Paris spricht man inzwischen nach einer Londoner Meldung angeblich von der Möglichkeit eines „Waffenstillstandes im Ruhrgebiet“. Dies bedeuere, daß die Deutschen während der Verhandlungen mit den Alliierten ihre Obstruktion einstellen sollten. Wenn Deutschland neue Vorschläge unterbreite und zugleich erkläre, daß, während hierüber verhandelt werde, kein Widerstand im Ruhrgebiet geleistet werden solle, so würde fortan der Druck im Ruhrgebiet vermindert werden.

Loucheur für eine Anleihe.

In einer Rede in Vincennes erklärte der frühere Minister Loucheur u. a.: Jemand muß eingreifen, um es Deutschland zu ermöglichen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist nur möglich durch eine internationale Anleihe. Loucheur behauptete dann, jeder Gedanke einer Annexion des Ruhrgebiets läge Frankreich fern. Die Befestigung dieses Gebietes sei kein Zweck, sondern eine Garantie, die Befestigung dürfe nur in dem Maße ausgeübt werden, in dem Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. Eine internationale Anleihe könne Deutschland die Möglichkeit gewähren, zu produzieren und zu exportieren, damit es instand gesetzt würde, die Reparationen zu bezahlen. Schließlich forderte Loucheur ein besonderes Statut für die Rheinprovinz. Man müsse sie der Herrschaft Preußens entziehen.

Die Revision des Urteils gegen Krupp verworfen.

Das Urteil vorher fertig!

Düsseldorf, 18. Mai. Die von Krupp v. Bohlen-Dalbach und den Krupp'schen Direktoren gegen das Werbener Kriegsgerichtsurteil eingelegte Revision ist heute vom Revisionsgericht Düsseldorf verworfen worden. Dagegen wurde die vom Betriebsratsmitglied Müller eingelegte Revision zugelassen.

Frankreich lehnt schon vorher ab.

Frankreichs Erwartungen

von einem neuen deutschen Angebot.

Paris, 18. Mai. Der „Temps“ schreibt zu den in Anblik an die gestrigen Reichstagsverhandlungen verbreiteten Nachrichten über einen zu erwartenden neuen deutschen Vorschlag:

Daß Deutschland beabsichtige, so rasch neue Vorschläge zu

machen, beweise, daß die vorangegangenen nicht sein letztes Wort gewesen seien. Das sei eine weitere Rechtfertigung für Ablehnung seitens Frankreichs und Englands. Was das Kabinett Cuno anbelange, so sei sein Verbleiben in der Regierung eine Warnung für die Gläubiger Deutschlands. Der „Temps“ resümiert die französische Stellungnahme zu den neuen Vorschlägen Deutschlands im voraus wie folgt: Das nächste deutsche Angebot dürfe von keinerlei Bedingungen ausschließenden oder aushebenden Charakters abhängig gemacht werden. Es müsse klar und deutlich bestimmte Zahlungen, sei es in Kapital, sei es als Zinsen, vorschlagen nach Kombinationen, die die deutsche Regierung mit Hilfe ihrer Wähler zuwege bringen oder ihre Steuerzahler aufzubringen verbleiben. Die Pfänder, die Frankreich und Belgien im Gesamtinteresse der sämtlichen Verbündeten mit Beschlag belegt hätten, müßten einen normalen Ertrag liefern und würden nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen wieder herausgegeben werden. Die neuen deutschen Vorschläge können also nur dann in Betracht gezogen werden, wenn sie die sofortige Einstellung des passiven Widerstandes vorsehen und zugesichere, daß das Ruhrgebiet nur im Verhältnis der Zahlungen geräumt werde.

Erhöhung der Bahntarife in Sicht.

Für Personen das Doppelte, für Güter 40 %.

Der ständige Ausschuss des Reichsbahnerats behandelte in seiner letzten Sitzung die Frage, ob ein allgemeines wirtschaftliches Bedürfnis für eine Frachtermäßigung der Braunkohle gegenüber der Steinkohle anzuerkennen sei. Der Ausschuss des Braunkohlen- und Steinkohlenbergbaues kam mit 12 gegen 2 Stimmen zu dem Ergebnis, daß eine Tarifiermäßigung für Braunkohle nach wie vor aus allgemein wirtschaftlichen Erwägungen nicht durchgeführt werden könne.

Der Ausschuss befaßte sich weiter mit der allgemeinen Finanzlage der Reichsbahn und mit der Tarifpolitik. Der Ausschuss war einhellig der Ansicht, daß rechtzeitig für Dedung der notwendigen Ausgaben durch Tarifierhöhungen gesorgt werden müsse. Während für die Personentarife eine Erhöhung von 100 % zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Betracht der ganzen Lage für erforderlich gehalten wurde, war der Ausschuss der Ansicht, daß die Gütertarife in solchem Ausmaße erhöht werden müßten, daß auch die durch die bevorstehenden Gehalts-, Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen verursachten Mehrausgaben alsbald Dedung finden.

Der Umfang der Gütertarifierhöhung läßt sich noch nicht übersehen, müßte jedoch auf Grund der heutigen Preisverhältnisse schon über 40 % sein. Härten sollen jedoch mit den vorhandenen Mitteln vermieden werden.

Kohlenpreiserhöhung um 25 %.

Als Ausgleich für höhere Löhne.

Die von den Organen der Kohlenwirtschaft beschlossenen Erhöhungen betragen durchschnittlich 25 %. Die Lohn-erhöhungen vom 1. bis 16. Mai sollen in dem neuen Kohlenpreis keinen Ausdruck finden. Diesen Richtlinien gemäß wurde eine entsprechende Kohlenpreiserhöhung ausgedacht, und zwar erhöhen sich die Bruttopreise für Ruhrseitsförderkohle vom jetzigen Preis 114 117 auf 143 510 Mark pro Tonne, rheinische Förderbraunkohle von 19 965 auf 25 080 Mark und mitteldeutsche und ostfälische Hausbrandkohle von 69 027 auf 84 950 Mark. Die neuen Preise gelten ab 16. Mai.

Neueste Meldungen.

Sozialistisch-kommunistische Verhandlungen.

Jena, 18. Mai. Die Sozialisten und Kommunisten sind hier in offizielle Verhandlungen eingetreten, um zu einer klaren Stellungnahme zwischen der kommunistischen Partei und der sozialistischen Thüringer Regierung zu kommen. Die Sozialisten machen den Kommunisten u. a. den Vorschlag, eine republikanische Notwehr zur Abwehr des Faschismus zu schaffen, weiter die Errichtung einer Arbeiterkammer und Eintritt der Kommunisten in die Regierung. Die Kommunisten haben sich Bedenkzeit erbeten.